

Dr. Prengel, Hieronimi & Coll Rechtsanwälte Koblenz, 01.02.2010

Herrn
Stiftungsdirektor
Prof. Dr. Volkhard Knigge
Stiftung Gedenkstätte Buchenwald
99427 Weimar-Buchenwald

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Knigge,

Herr Stefan J. Zweig, hat den Unterzeichner mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt. Auf mich lautende Vollmacht füge ich bei.

Im Auftrage meines Mandanten nehme ich Sie aus folgenden Gründen auf Widerruf, Unterlassung, Schadensersatz und Auskunft in Anspruch:

Es ist Ihnen bekannt, dass mein Mandant seit seiner Geburt schlimmsten nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt gewesen ist. Bis heute leidet er ganz erheblich unter den Folgen der schrecklichen Erlebnisse, welche er zunächst im Ghetto Krakau, dann in den Konzentrationslagern Biezanow, Plaszow, Kamienna und schließlich im KZ Buchenwald durchlitten hat. Nach der Befreiung aus dem KZ Buchenwald war mein Mandant lange Zeit krank und musste jahrelang in Sanatorien und Krankenhäusern behandelt werden. Im Entschädigungsverfahren nach dem Deutschen Bundes - Entschädigungsgesetz (BEG) sind nach umfassender medizinischer Begutachtung bei meinem Mandanten u. a. folgende Leiden als verfolgungsbedingt anerkannt worden:

1. erlebnisreaktive verfolgungsbedingte ... eines frühkindlich verfolgten Mannes ...in den ersten Lebensjahren...,
2. fibröse stationäre Lungentuberkulose ...3. Psoriasis

Wegen seiner anerkannten Verfolgungsleiden hat mein Mandant vorzeitig seine Berufstätigkeit als Kameramann beim Österreichischen Fernsehen aufgeben müssen.

Ein Großteil der Familie meines Mandanten, seine Mutter, seine Schwester, die Großeltern, Onkel, Tanten, Neffen sind während der Shoah von den Nazis umgebracht worden.

Ihnen ist auch bekannt, dass mein Mandant 1972 die DDR für immer verlassen hat und mit seiner Familie nach Wien gezogen ist. Durch den Umzug nach Wien wollte mein Mandant von seinem Verfolgungsschicksal und von der für ihn unerträglich gewordenen ideologischen Instrumentalisierung seiner Person in der DDR Abstand gewinnen.

Seitdem Sie die Leitung der Gedenkstätte Buchenwald übernommen haben, muss mein Mandant feststellen, dass Sie fortwährend das tragische Verfolgungsschicksal meines Mandanten in einer Art und Weise in die Öffentlichkeit tragen, die eine schwere Verletzung der Persönlichkeitsrechte meines Mandanten darstellt. Besonders verletzt wird mein Mandant durch Ihre ständig wiederholte Behauptung, mein Mandant sei durch einen „Opfertausch“ am Leben geblieben. Der Öffentlichkeit wird dadurch suggeriert, mein Mandant habe den Tod eines Mithäftlings entweder mitverschuldet oder verursacht und sei auf Kosten eines Mithäftlings gerettet worden. Von einem Opfertausch kann indessen keine Rede sein, was sie selbst am besten wissen. Dieser Begriff ist schon deswegen völlig verfehlt, weil mein Mandant damals erst drei Jahre alt gewesen ist. Mein Mandant hat den Eindruck, dass Sie sich

durch sensationell klingende und irreführende Schlagwörter auf seine Kosten in der Öffentlichkeit profilieren wollen.

Mit dem von Ihnen immer wieder und immer nur im Zusammenhang mit meinem Mandanten gebrauchten Schlagwort des „Opfertauschs“ verharmlosen und verdrehen Sie die damaligen grausamen und tragischen Ereignisse. Was Sie „Opfer“ nennen, war aus der Sicht der Nazi-Verfolger unwertes Leben. Was Sie als „Tausch“ bezeichnen, entsprach der systematischen und mörderischen NS - Tötungsmaschinerie.

Sie verkennen, dass sich sämtliche Häftlinge und auch mein Mandant in Buchenwald in einem täglichen Überlebenskampf befunden haben. Ihre Fokussierung auf nur einen einzigen Tag und nur eine einzige Liste verkürzt und verfälscht in historisch unzulässiger Weise den Sachverhalt. Mein Mandant verdankt sein Leben der Menschlichkeit der Mithäftlinge, die sich unter Einsatz ihres Lebens gegen die Unmenschlichkeit der SS gewehrt haben, um ein Kleinkind von drei Jahren nach dem sogar in einem KZ befolgttem Rettungs-Gebot „Kinder und Frauen zuerst“ zu retten. Das ist kein „Opfertausch“.

Darüber hinaus empfindet es mein Mandant als beleidigend, dass sein persönliches Schicksal von Ihnen, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Knigge, dazu benutzt wird, um mit dem DDR-Regime abzurechnen. Sie können gerne und zu Recht die DDR und ihr Regime kritisieren, aber lassen sie bitte hierbei meinen Mandanten aus dem Spiel, der schon seit 1972 dem DDR-Regime den Rücken zugekehrt hat, weil er die dortige ideologische Instrumentalisierung seiner Person nicht mehr ertragen konnte.

Es ist Ihnen vorzuwerfen, dass Sie in der Art eines Sensations- und Enthüllungsjournalisten meinen Mandanten immer wieder ans Licht der Öffentlichkeit zerrren, gegen seinen Willen, ohne ihn zu fragen und ohne seine Zustimmung.

Auch ein Verfolgungsschicksal unterliegt dem Datenschutz. Sie setzen sich fortlaufend über fundamentale Grundsätze des Datenschutzgesetzes hinweg.

Als Leiter der Gedenkstätte Buchenwald sind Sie verpflichtet, das Andenken an die Häftlinge in Ehren zu halten. Diese Verpflichtung wird durch Ihre gegen meinen Mandanten betriebene andauernde Negativ-Kampagne missachtet.

Diese Umstände und die Art und Weise, wie sie auf dem Rücken meines Mandanten als Juden die Auseinandersetzung mit dem DDR-Regime und auch mit dem Apitz - Roman „Nackt unter Wölfen“ betreiben und suchen, wird von meinem Mandanten als antisemitisch empfunden.

Hinzu kommt – und das ist völlig unangemessen und absolut inakzeptabel -, dass ausgerechnet Sie als der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald die Mordmaschinerie der SS als „Vergasung“ oder mit der Phrase „ins Gas schicken“ umschreiben und damit verharmlosen.

Mein Mandant verwahrt sich außerdem dagegen, dass sein persönliches Schicksal dazu benutzt wird, zwischen den jüdischen Nazi-Verfolgten und den Nazi-Verfolgten der Sinti - Roma Zwietracht zu sähen und einen Keil zu treiben.

Durch Ihre gegen meinen Mandanten betriebene sensations-heischende Kampagne ist das Ansehen meines Mandanten in der Öffentlichkeit schwer beschädigt und herabgesetzt worden. Das völlig unschuldig erlittene Verfolgungsschicksal meines Mandanten wird mit einem durch nichts zu rechtfertigenden Makel behaftet und herabgewürdigt. Obwohl dies für

Sie vorhersehbar gewesen ist, haben Sie es billigend in Kauf genommen, um sich selbst zu profilieren.

Nach Kenntnis meines Mandanten sind Sie zuletzt in den Jahren 2008 und 2009 in Fernsehsendungen mit Ihren Behauptungen zu dem angeblichen Opfertausch und der Äußerung „ins Gas geschickt“ zu Wort gekommen. Es handelte sich um die Sendungen „Artour“ im MDR im Juni 2008 und „Kulturzeit“ im Januar 2009 in 3-Sat.

Unter diesen Umständen sind Sie verpflichtet, den Ruf und das Ansehen meines Mandanten wiederherzustellen. Das kann nur in der Weise geschehen, dass Sie

1. ihre falsche Behauptung, mein Mandant sei durch einen sogenannten Opfertausch gerettet worden, **widerrufen** und
2. sich meinem Mandanten gegenüber in strafbewehrter Weise verpflichten, die vorgenannte rechtswidrige Behauptung in Zukunft zu unterlassen, sowie
3. an meinen Mandanten wegen der von Ihnen begangenen schuldhaften und schweren Persönlichkeitsverletzung eine angemessene Entschädigung zahlen und schließlich
4. meinem Mandanten die durch meine Beauftragung entstandenen Kosten in Höhe des Gesamtbetrages von ----,-- EUR gem. der als **Anlage** beigefügten Kostenrechnung zu erstatten.

Unter Berücksichtigung der hierzu ergangenen Rechtsprechung ist eine **Entschädigung in Höhe von mindestens -----, -- EUR** angemessen.

Die Entschädigung ist insbesondere deswegen der Höhe nach berechtigt, **weil sich infolge der von Ihnen gegen meinen Mandanten betriebenen Negativ-Kampagne das anerkannte Verfolgungsleiden meines Mandanten wesentlich verschlimmert hat.** Hierzu können medizinische Gutachten vorgelegt werden.

Gravierend hinzu kommt das von Ihnen initiierte negative Bild meines Mandanten in der Öffentlichkeit. Hierzu wird vorerst nur ein einziger Beispielsfall erwähnt – weitere Beispiele können vorgetragen werden -:

In dem Roman „Anders“ von Hans-Joachim Schädlich, der in mehreren Auflagen im Rowohlt-Verlag, Hamburg erschienen ist, wird das Verfolgungsschicksal meines Mandanten insbesondere im Zusammenhang mit dem von Ihnen propagierten „Opfertausch“ dermaßen wahrheitswidrig und herabsetzend dargestellt, dass dies nur auf Ihren Informationen beruhen kann. Autor und Verlag haben sich in der Zwischenzeit zur Unterlassung u. a. die Passage betr. den „Opfertausch“ verpflichten müssen. Ihr Name wird in diesem Roman als „Quelle“ genannt. Nur vorsorglich wird **um Auskunft gebeten**, ob Sie selbst oder durch Dritte dem Autor Schädlich oder dem Rowohlt-Verlag die dem Roman zugrunde liegenden Informationen erteilt und/oder die meinen Mandanten herabsetzenden Passagen des Romans initiiert haben.

Zur Erledigung der Widerrufs-, Unterlassungs- Auskunfts- und Schadensersatzansprüche wird eine Frist bis zum

28. Februar 2010

gesetzt.

Mit freundlichen Grüßen!
Rechtsanwalt H. H. Hieronimi